



BmU
-Der Fraktionsvorsitzende-
Bernhard Osterwind

Bergstr. 13, 40699 Erkrath
Tel.: 02104/46506
e-mail: bmu@bmu-erkath.de

Stellungnahme zum Haushalt 2010

- es gilt das gesprochene Wort -

Im Klosterladen von Altenberg stieß ich am 1. Mai auf eine Spruchkarte von Karl Valentin. Darauf stand:

Die Zukunft war früher auch besser

Warum fiel mir dabei nur spontan der Haushaltsentwurf der Stadt Erkrath ein?

Der Erkrather Haushaltsplan zeigt, dass ohne massive Gegensteuerung Dauerschäden durch nachhaltige Verschuldung eintreten werden.

Der Haushalt weist Kassenkredite bis zu 50 Mio. € eine Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von 10 Mio. €, eine Verringerung der Ausgleichsrücklage um 4 Mio. und die Verringerung der allgemeinen Rücklagen in Höhe von 10,4 Mio. auf.

Ich schätze die Situation sogar noch dramatischer ein, als sie sich in diesem nur knapp genehmigungsfähigen Haushaltsplan zeigt. Man muss nur einen Blick auf die aktuellste Steuerschätzung von Anfang Mai werfen. Das Wahlergebnis in NRW schürt bei mir in dieser Hinsicht auch keine Hoffnungen auf Besserung.

Wir befinden uns in der größten Finanzkrise seit dem Wirtschaftswunder, diese trifft Erkrath unvorbereitet. Neben der Finanzkrise, die zur Wirtschaftskrise wurde, lauert mit Griechenland nun auch noch eine Währungskrise an der nächsten Ecke.

Die Parteien in den Regierungen versagten in der Aufgabe, den Kommunen ausreichende Finanzmittel zu geben, solange sie dies noch konnten.

Und in dieser Situation zanken wir uns im Stadtrat und seinen Ausschüssen, als säßen wir in einem Sandkasten, in dem mit Förmchen geworfen wird.

Tatsächlich steht die Leistungsfähigkeit, die bessere Zukunft der Stadt auf dem Spiel.

Ich will hier nicht alle Initiativen unserer Oppositionsarbeit auflisten, die vor einer solchen Situation gewarnt haben. Erinnerung sei nur, dass wir als einzige Fraktion gegen die Sanierung des Zweitbades in Hochdahl waren, was uns damals sehr viel Kritik aller Parteien und der Bürgerschaft eingebracht hat.

Die Einnahmen sinken, die Aufgaben steigen, als Ergebnis treten Dauerschäden in der Finanzstruktur Erkraths ein.

Die Einnahmen sinken

Wenn bisher in einer Rezession die Einnahmen aus Einkommen- und/oder Gewerbesteuer einbrachen, stopfte der Finanzausgleich die größten Löcher.

Jetzt werden die Kosten der Krise insgesamt einfach nach unten durchgereicht.

Beispiel sind auch die Einnahmeausfälle durch die Krise der WestLB – über den Sparkassenverbund zum Teil als getarntem Umweg. Bezahlen müssen es die völlig Unschuldigen – versagt haben die vom Land eingesetzten, überforderten Aufsichtsräte.

Wenn voraussichtlich 60 % der Städte ihren Haushalt von der Kommunalaufsicht genehmigen lassen muss, dann stimmt doch etwas nicht und funktioniert der Finanzausgleich nicht mehr. Und wenn sich die Basis der Parteien seit Jahrzehnten in der Frage der Kommunalfinanzen nicht durchsetzen kann, dann zeigt das, dass in den Regierungsparteien von oben nach unten regiert wird und nicht umgekehrt. Keine der Parteien hat im Landtagswahlkampf überzeugende Antworten auf dieses Problem formuliert.

Die CO-Pipeline lässt als Parallelbeispiel der Ignoranz einer abgehobenen Politikclique grüßen.

Durch das Wahnsinnsbeschleunigungsgesetz (angeblich: Wachstumsbeschleunigungsgesetz) gehen Ländern und Kommunen geschätzt vier Milliarden Euro verloren. Und zwar jährlich! Die vorherigen Konjunkturpakete kosteten allein die Kommunen weitere vier Milliarden Euro jährlich. Hilfe bekommt man erst, wenn man durch Lug und Trug so gründlich wie Griechenland und andere EU Staaten gleich die komplette Währung zu ruinieren droht, erst dann eilt der Staat zu Hilfe. Die Kommunen haben weniger erfolgreich für ihre Existenzgrundlagen gekämpft als ein paar Hoteliers, welche die Mehrwertsteuerermäßigung für ihr Gewerbe bei der Bundestagswahl via FDP durchsetzen konnten.

Im Berliner Koalitionsvertrag hatten Union und FDP Steuersenkungen von 24 Milliarden Euro bis Ende 2013 vereinbart. Die ist tatsächlich von der Regierungskoalition in Berlin angesichts der Wahlniederlage in Düsseldorf nur vertagt, noch nicht mal abgesagt worden.

Für dieses Jahr rechnet die Steuerschätzung aus dem Mai 2010 mit einem Minus von 1,2 Milliarden Euro im Vergleich zur Prognose vom November, welche diesem Haushaltsplan noch zugrunde liegt. Für 2011 wird gegenüber früheren Plänen mit Ausfällen von 11,7 Milliarden Euro gerechnet! Das ist mehr als alle bisherigen Ausfälle zusammen! Im Jahr 2012 werden Mindereinnahmen gegenüber der Schätzung vor einem Jahr von 12,3 Milliarden Euro erwartet und für 2013 ein Rückgang um 13,7 Milliarden Euro.

Für mich ist noch lange nicht ausgemacht wann und wir überhaupt auf gleicher Höhe ankommen, wie vor dem Absturz.

Gleichzeitig wachsen die Ausgaben, die Aufgaben und die Risiken

Der Landschaftsverband hat einen riesigen Finanzbedarf, der voraussichtlich in eine weitere Umlageerhöhung – letztlich für uns - münden wird.

Der VRR wird nach Einhaltung einer Schamfrist nach der Landtagswahl seine Umlagen erhöhen.

Gesetzliche Auflagen z.B. zum vorbeugenden Brandschutz, die U 3 Betreuung, auch z.B. die Unterhaltung der Schulmensen als Konsequenz aus G 8 erhöhen die Last.

Unverzichtbar ist, gegen den Bildungsnotstand in Deutschland, einer Ursache für viele Grundübel, zu investieren:

Das sind Schulen, Kindergärten, Betreuungsmöglichkeiten der Jüngsten, Bildungsorte wie das Naturschutzzentrum Bruchhausen und in Vereine.

Die Ergebnisse der externen Qualitätsanalysen einiger Schulen zeigen den Nachholbedarf in Erkrath – und trotzdem sind wir nicht so ausgestattet, dass wir diesen Aufgaben im notwendigen Umfang nachkommen können.

Gleichzeitig soll die Schuldenlast für die heranwachsende, zahlenmäßig kleinere Generation, in Grenzen gehalten werden.

Gleichzeitig soll unser Anteil am Klimawandel verringert werden.

Gleichzeitig sollen die Migranten besser integriert werden. Sprachförderung nicht nur der Migrantenkinder ist zu intensivieren.

Gleichzeitig sollen wir das Problem der vielfältigen Störungen der öffentlichen Sicherheits- und Ordnungsgefühls in den Griff bekommen.

Die Gebühren für die Musikschule, selbst für die Beerdigungen steigen in unzumutbare Höhe.

Bilanz

Wir steuern auf nachhaltige, dauerhafte Schäden in der Finanzstruktur Erkraths zu.

Man muss kein Fachmann sein um zwingend zwei Arbeitsfelder ableiten zu können:

Sparen, wo man es nur verantworten kann.

Mehr einnehmen, wo man es verantworten kann.

Sparen

Priorität muss das Aufspüren und die Ausnutzung aller Sparpotenziale haben. Effizienz, der Blick fürs Machbare, Verzicht auf Bequemlichkeiten muss in allen Aufgabenbereichen der Stadt ohne Tabusektoren Einzug halten.

Können wir es uns noch leisten, in jedem Stadtteil die komplette Dienstleistung vorzuhalten? Immer muss aber der Blick dafür gewahrt werden, dass Sparmaßnahmen uns manchmal einfach zu teuer kommen. Dann, wenn versäumte Reparaturen zu einem vielfach höheren Sanierungsbedarf führen muss auch mal in die Kasse gegriffen werden.

Wir werden sehr sorgfältig die künftige Schulentwicklung in Erkrath – auch mit Blick auf die sich abzeichnende Änderung der NRW Schulpolitik – zu begleiten haben.

Wir lehnen aber jeden Schulkampf, wie er bereits um die Bavierschule ausgebrochen ist, ab. Gerade im Schulsektor muss Nüchternheit, Besonnenheit, Dialogfähigkeit und nicht Angstmacherei zur Hausordnung gehören. Es geht nicht darum, feindliche Systeme zu integrieren, sondern Erkrather Kinder in Erkrather Grundschulen zu integrieren.

Verwaltung muss in einigen Bereichen kooperativer, sachlicher, effizienter werden

Der Bürgermeister wirft uns im letzten Hauptausschuss vor, dass wir als Ratsfraktion keinen Haushaltsentwurf eingebracht haben, der schon im März genehmigungsfähig gewesen sei. Übrigens ist dies einige der wenigen splinterhaften Stellungnahmen zum Haushalt, die unser Bürgermeister gegenüber dem Rat überhaupt abgibt. Im Gegensatz zu seinen ehrenamtlichen (!) Amtsvorgängern hat unser Bürgermeister die zusammenhängende Stellungnahme zu Haushaltsfragen im Rat immer weitgehend dem Kämmerer überlassen.

Diese Kritik ist so substanzlos, dass ich ihr gar keine Beachtung geben würde, wäre sie nicht vom Bürgermeister aus seiner Stellung als Chef der Verwaltung gekommen.

Zunächst muss man wissen, dass nach § 75 GO in Verbindung mit § 76 GO vorschreibt, dass der Haushalt ausgeglichen zu gestalten ist und an anderer Stelle schreibt die Gemeindeordnung vor, dass es Aufgabe der Verwaltung ist, die Beschlüsse des Rates vorzubereiten. Gelingt das nicht, ist der Versuch zu unternehmen, einen genehmigungsfähigen Haushalt mit Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. Keiner der Haushaltsentwürfe, welche uns in diesem Jahr von der Verwaltung vorgelegt wurden entspricht den Kriterien der Gemeindeordnung. Sie hätten im Nothaushalt geendet.

Da verlangt also der hauptamtliche Bürgermeister, der als Vorgesetzter direkten Zugriff hat auf eine Riege von Amtsleitern und beigeordneten Dezernenten, dass z.B. der Fraktionsvorsitzende der *BmU* ehrenamtlich an seinem Küchentisch einen 3,5 kg schweren Haushalt aufstellt, der den Kriterien der Gemeindeordnung gerecht wird.

Der Rat hat durch einstimmigen Beschluss 2009 die Verwaltung beauftragt, eine Liste von möglichen Einsparungen für ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. Es kam eine Liste in Höhe von ganzen 1,2 Mio. zustande (Dezember 2009), von welcher noch ganze 0,4 Mio. übrig blieben. Letztere war der CDU schon zu viel.

1. Selbst wenn wir diese Sparliste, die wir sorgfältig in Fraktionen, in Kooperationsgesprächen, in Gesprächen mit den Amtsleitern, in den Ausschüssen abgearbeitet haben, in Höhe von ca. 1,2 Mio. komplett beschlossen hätten – der Haushalt wäre noch nicht mal dadurch genehmigungsfähig geworden!

2. Die Verwaltung ist – durch Ratsbeschluss dazu aufgefordert – nicht in der Lage, auch nur theoretisch eine auskömmliche, den Regeln der Haushaltssicherung entsprechende Sparliste vorzulegen.

3. Noch während der Haushaltsberatungen werden Beträge von der Verwaltung nachgemeldet, welche den Einspareffekt der ersten Sparrunde komplett auffrisst.

4. Und da verlangt der Bürgermeister, ein ehrenamtliches Ratsmitglied soll schaffen, was er in und mit seiner Verwaltung in monatelanger Arbeit nicht schafft.

Die zweite, von uns erzwungene Sparrunde bestand im Wesentlichen in der Bildung neuer Produktgruppen und dadurch der Ermöglichung einer modifizierten „Rasenmähermethode“ zur Einsparung und Vermeidung von „Luftbuchungen“ im Haushalt. Dafür hat die Verwaltung einen Zeitaufwand von Mitte März bis Anfang Mai gebraucht, um dann das Ziel immer noch knapp zu verfehlen.

Und das soll ein Ratspolitiker im Ehrenamt innerhalb von wenigen Wochen schaffen?

Die Schuldzuweisungen des Bürgermeisters an einige Ratsmitglieder sind nicht zielführend, sie wirken zänkisch und werden dem Ernst der Lage nicht gerecht. In Wirklichkeit aber ist dieser Bürgermeister gar nicht zänkisch, faul oder amtmüde.

Er weiß nur nicht, wie es weitergeht.

Sollte er es doch wissen, gelingt es ihm prima, das zu verbergen.

Wenn sich doch die Verwaltungsspitze mal die Anforderungen an ihre eigenen Mitarbeiter zum Vorbild nehmen würde. Da arbeitet der Leiter der Erkrather Feuerwehr seit Jahren zusätzlich zur Wehrleitung einen zweiten Arbeitsplatz, den des vorbeugenden Brandschutzes ab und soll nebenbei ehrenamtlich auch noch die Freiwillige Feuerwehr zum Erfolg führen.

Schlagen sich Bürgermeister und Dezernenten selbst, wie sie es von anderen Mitarbeitern verlangen, „für Zwei oder Drei?“

Stattdessen wird stellenweise gejammert, als gelte es Schmerzensgeld statt eines Gehaltes zu verdienen.

Als Beispiel können die Tempo-30-Beschlüsse gelten. Sie sollten eigentlich nicht bewirken, dass die Verwaltung in Schneckentempo verfällt. Was da passiert, können wir nur noch als „Dienst nach Vorschrift“ empfinden. Der Krönung der Langsamkeit würde jetzt noch ein Widerspruch des Bürgermeisters zu diesen Beschlüssen dienen.

Süchtig nach Konflikten mit uns ist die Verwaltung auch in der Frage der Baumfällungen. An der Max Planck Str. sollten nach einer Zugprobe (der Elchtest der Bäume am Hochdahler Markt) und dann der für die Stabilität notwendige Rückschnitt der Kronen (seit vielen Jahren von der Bürgerinitiative angemahnt) erfolgen. Hier lenkte dann die Verwaltung dankenswerter Weise in letzter Minute wieder ein. Die Vorgänge um die Baumfällungen an der Narzissenstraße, wo die Verwaltung trotz Baumgutachten eines vereidigten Sachverständigen und gegenteiliger Zusage standfeste Bäume fällen ließ, sowie der Plan, am Willbecker Busch ca. 60 gesunde alte Buchen fällen zu wollen, tragen zum Eindruck der Konfliktsuche bei. Genauso die Art und Weise wie an der A 46 die Baumfällungen betrieben wurden.

Es sind gravierende Mängel in der Erkrather Verwaltungsorganisation vom Gemeindeprüfungsbericht festgestellt worden. Nicht alle der z.T. schwerwiegenden Kritik halten wir für angemessen und ausreichend differenziert. Aber der Bericht sollte Anlass für eine gründliche Organisations- und Aufgabenkritik sein.

Weitere Beispiele der mangelhaften Zusammenarbeit waren:

Wenn aus 450.000 € zur Förderung der Erweiterungspläne der Firma Seco Tools nun weitere 205.000 € zur Neuverlegung des Wirtschaftsweges hinzukommen, so ist das eine sehr unangenehme Überraschung.

Der Grund sind Kabel, die an der falschen Stelle verlegt wurden. Das ist der gleiche Grund, der immer wieder am Hochdahler Markt für Stromausfälle und Telefonausfälle sorgt. Hier gibt die Verwaltung kein gutes Bild.

Wenn die Stadt zunächst 500.000 € zu viel Gewerbesteuer an das Land zahlen muss, weil die Stadt einfach zu hohe Einnahmen an das Land gemeldet hat, ist das ebenfalls peinlich.

Wenn aus dem Haushaltstitel zur Betriebsführung der Straßenbeleuchtung 2009 Gelder zur Erhaltung der Verkehrsflächen in Anspruch genommen wurden und deswegen 112.000 € in 2010 überplanmäßig bereitgestellt werden müssen, so muss auch damit der Rat äußerst unzufrieden sein.

Überplanmäßige Bereitstellung von Kanalbenutzungsgebühren für Bürgerhaus und Stadthalle am 17.02.2010 sind ein weiteres Beispiel für mangelnde Sorgfalt und Planungssicherheit des Rates.

Beim Hochdahler Markt soll nun zum zweiten Mal ein Nachschlag genehmigt werden. Viele der Posten lassen zweifeln, ob man das bei sorgfältiger Planung nicht vorher hätte wissen können. Aber auch hier gelingt es den Befürwortern des Projektes noch nicht mal, Einsparungen in dieser Größenordnung zu benennen.

Das Vertrauen in unsere Verwaltung, den Stadtrat, in das Rathaus insgesamt, ist in unserer Bevölkerung in weiten Teilen gebrochen, wobei das bei Weitem nicht dem Engagement in vielen Teilen der Verwaltung gerecht wird.

Kooperation ist alternativlos, der Rat muss umsteuern

Es gibt nur einen Weg aus dieser Situation heraus. Das ist die sachliche, nüchterne, kritikfähige Kooperation. Verwaltung, an der Spitze der Bürgermeister, Parteien, Vereine, Bevölkerung, Unternehmer, Grundstückseigentümer müssen die Politik der kleinen und großen Schritte gemeinsam gehen.

Konstruktiv und nicht Konfrontativ.

Mehr Blick für die Qualität als für die Quantität.

Dieser Haushalt, der sich nur wegen der unerwartet hohen Gewinne der Stadtwerke über die Hürde rettet, hat keine Zukunft.

1. Wir regen an, nach der Sommerpause ein nachhaltiges Haushaltssicherungskonzept zu entwickeln.

Wo können wir – auch perspektivisch – sparen und verzichten?

Wo müssen wir Einnahmen erhöhen?

Wie können wir die Steigerung der Gebührenhaushalte in den Griff bekommen?

Wir müssen auch selber bereit sein, das Wünschenswerte zu opfern, um das dringend notwendige im Kern zu erhalten und die entscheidenden Gesundungsimpulse zu setzen. Aber dies muss ein offener, transparenter Prozess sein, zu welchem wir die Bürgerinnen und Bürger einladen.

Unter der Internetseite www.erkrath-spart.de zeigen wir die Situation des Haushaltes auf und rufen auf, konstruktiv Vorschläge zur Gesundung des Haushaltes zu diskutieren und einzubringen.

2. Unser Antrag auf Aufstellung eines professionellen Stadtentwicklungskonzeptes ist alternativlos.

Gerade aus der Finanzsicht ist ein allgemein akzeptiertes strategisches Konzept von professioneller Hand unter breiter Bürgerbeteiligung unverzichtbar. Die demographischen Rahmenbedingungen zeigen, dass Erkraths Zukunft nicht mehr in der Bebauung der letzten Feiflächen liegt. Stattdessen ist der vorhandene Bestand sowohl im Bereich Wohnsiedlung wie Gewerbe neu in Wert zu setzen, aufzuwerten. Das kann die Stadt als Verwaltung oder Politik nicht allein, hier sind vor allem die Eigentümer von Gewerbe- und Wohnimmobilien aufgerufen, die Situation realistisch einzuschätzen und vor allem qualitative Impulse zu setzen. Wir hoffen hier insbesondere auf einen Vermarktungserfolg der Neuen Mitte Erkrath und den Zuzug junger Familien. Wir werden ja an diesem Beispiel sehen, ob die Bereitstellung frischen Wohnraums sich in Einnahmesteigerungen der Stadt umsetzen werden.

Seit sieben Monaten amtiert der neue Rat.

Die Ehrenamtskarte wird zusätzlich zur Familienkarte eingeführt werden um das gerade in der Not bitter notwendige Ehrenamt zu stärken.

Wir haben die Grundsatzbeschlüsse Neanderhöhe gefasst, den Grundsatzbeschluss zur Bewahrung des Kleinen Bruchhaus in die Wege geleitet, die Finanzierung der Stiftung Bruchhausen gesichert, wir haben den Arbeitnehmern im Aufsichtsrat der Stadtwerke ihr Stimmrecht zurückgegeben, wir haben den Grundsatzbeschluss für Tempo 30 am Millrather Weg, auf dem südlichen Sandheider Ring und auf der Max Planck Str. gefasst, wir haben den Grundsatzbeschluss für einen Lärmaktionsplan gefasst, wir haben weitere Untersuchungen über die Auswirkungen des Düsseldorfer Generalverkehrsplanes auf Erkrath in Auftrag gegeben, für das Mobilfunkkonzept werden Realisierungsmöglichkeiten untersucht, der

Klimaschutz, die Effizienzsteigerung der Straßenbeleuchtung und die Fernwärmeproblematik sind im Aufsichtsrat Stadtwerke angegangen: dies haben wir geschafft, obwohl die Kooperation zwischen SPD, *BmU* und Grünen noch nicht beschlossen war:

Für die kurze Zeit liegen so viele Richtungsentscheidungen in unserem Sinne vor, wie sie die *BmU* in den letzten 22 Jahren insgesamt nicht erreicht hat.

Wie viel noch kommen wird, hängt von der Haushaltssituation ab und wir gehen einen schweren Weg.

Wir stellen viel Wünschenswertes zurück, versuchen aber auch, z.B. mit dem 10 € Zuschlag pro Grundschüler Not zu lindern und der Steigerung der Schulverbrauchsmittel um 20% Zeichen für die Bildung zu setzen.

Die Bavorschule liegt so günstig, dass dieser Standort irgend möglich, ggf. durch den Verbund mit der Falkenstraße zu sichern ist. In der Nähe der Neuen Mitte sollten wir nicht Schulstandorte aufgeben. Einmal aufgegeben, werden wir diese Schule nicht wieder bekommen.

Im Sport wird mit über 700.000 € zusätzlich zum neuen Kunstrasen in die Sportanlage Freiheitsstrasse investiert. Das Geld stammt aus den Konjunkturmitteln des Bundes. Viel mehr wird im Sport nicht mehr drin sein.

Die Drehleiter für die Feuerwehr steht mit ca. 600.000 € Kosten an. Auch hier könnte man stundenlang über die bürokratischen Hemmnisse klagen, dass die Städte bei den Spezialfahrzeugen nicht besser zusammenarbeiten können.

Wie es auch geht zeigt Gerd Paulus beim Schulwegeplan. *BmU* und ADFC haben in einer Arbeitsgemeinschaft den ersten Erkrather Schulwegeplan zusammen mit Millrather Kindern, ihrer Schule, der Polizei und der Verwaltung erstellt. Ein Modell für Offene Schule und eine neue Qualität in der Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure.

Was die Millrather Kinder schaffen, sollten die im Rathaus doch auch schaffen. Statt eines Schulwegeplanes einen Stadtentwicklungsplan hinbekommen, der den Weg weist.

Wir müssen im Rathaus die Bürger und Unternehmen mehr mitnehmen:

Wir brauchen ihre Beiträge – auch als Ehrenamtler – die Stadt liebenswürdig zu machen, wir brauchen ihre Ideen und Akzeptanz für Sparmaßnahmen und Einnahmeverbesserungen, wir müssen den Weg für ein Bürgersponsoring schaffen und wir brauchen eine sachliche Grundlage für ein Stadtentwicklungskonzept, welches durch schwieriges Umfeld geprägt, strategische Maßnahmen ableitet.

Es sieht nicht so aus, dass wir das ohne Steuererhöhungen hinbekommen. Dies aber erst nach Ausschöpfung aller Sparpotenziale, die letztlich um den Abbau von Standards nicht herumkommt. Und mit dem Ziel, diese Erhöhungen eines Tages wieder zurückzuführen.

Damit es in einigen Jahren heißt:

Unsere Zukunft war früher schlechter.